

# Presseerklärung

2. Oktober 2014

## **Bratmann: „Der Elternwille zählt“**

**Braunschweig.** „Bei der Schulentwicklungsplanung zählt vor allem der Elternwille“, erklärt Christoph Bratmann, schulpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion Braunschweig, zur aktuellen Schuldebatte. „Deshalb begrüßen wir, dass nun alle Ratsparteien die Notwendigkeit einer 6. IGS erkannt haben.“

Bratmann, der auch Vorsitzender des Schulausschusses ist, verbindet mit dem Beschluss zur Schuldebatte in der letzten Ratssitzung die Hoffnung, nun weiterhin sachorientiert und bedarfsgerecht die Entwicklung der Schullandschaft in Braunschweig voranzubringen. „Am Ende ist es ein Erfolg, dass nun auch die CDU den Bedarf einer 6. IGS in Braunschweig anerkennt und diese Schulform nicht weiter blockieren will“, sagt Bratmann. „Damit dürften ideologisch geführte Schuldebatten im Rat der Stadt hoffentlich der Vergangenheit angehören.“

Der Kompromiss besagt, dass die Schulentwicklungsplanung die Einrichtung einer weiteren integrierten Gesamtschule sowie den Erhalt der Gymnasien besonders berücksichtigen soll. Beide Schulformen sind in Braunschweig beliebt. Im Gegensatz zu den Gymnasien fehlen an den integrierten Gesamtschulen aber in jedem Jahr rund 240 Schulplätze. „Dieser Umstand muss geändert werden“, so Bratmann, „was aber mit Blick auf die gesamte Schullandschaft in Braunschweig eine längere Planungszeit in Anspruch nehmen wird, um zum Beispiel die Entwicklung der Schülerzahlen aus dem Umland zu beachten und die Standortfrage zu klären.“

Die zahlreichen Protestbriefe sowie die Schülerdemonstration vor der Ratssitzung hätten gezeigt, dass vor allem die Standortfrage ein sehr sensibles Thema sei. Bratmann: „Es ist grundsätzlich positiv, wenn Schülerinnen und Schüler für den Erhalt ihres Schulstandortes demonstrieren, weil es zeigt, dass sie sich mit ihrer Schule identifizieren. Leider wurde in den Mails und Briefen von falschen Voraussetzungen ausgegangen, denn die Schließung eines Gymnasiums zugunsten einer IGS zum übernächsten Schuljahr war nie Beschlusslage im Schulausschuss, und es gab auch keinen entsprechenden Ratsantrag.“

So erklärte denn auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Wendroth in der Ratssitzung, dass es lediglich Befürchtungen und Vermutungen waren, die die CDU bewegen haben, Schulleitungen und Elternvertreter zum Protest aufzurufen. Dass dem Protestaufruf unhinterfragt gefolgt wurde, zeigt, dass ein sachlicher Dialog hinsichtlich der Schulentwicklung mit allen Beteiligten zukünftig umso wichtiger ist.

„Schulformen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden“, erklärt Bratmann abschließend. „Der Kompromiss, den wir im Rat erzielt haben, stimmt mich zuversichtlich, dass dieses zukünftig nicht mehr geschehen wird.“

gez. Frank Flake  
Fraktionsgeschäftsführer